



Sessionsbericht der Wintersession 2013

Gesetzliche Leitplanken für die Weiterbildung

Im Jahr 2006 hat die Schweizer Bevölkerung den Bildungsartikel in der Bundesverfassung verankert. Laut diesem Artikel hat der Bund den Auftrag, die Grundsätze über die Weiterbildung festzulegen. Heute, gut sieben Jahre später, ist das daraus resultierende Weiterbildungsgesetz beim Parlament angelangt. In der Wintersession beschäftigte sich der Nationalrat als Erstrat mit dem Entwurf. Nach zweitägiger Debatte steht fest: Die Weiterbildung soll in der Verantwortung jedes und jeder einzelnen liegen.

Ich wünsche Ihnen frohe Festtage und ein gutes neues Jahr.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

Entscheide des Parlaments

Das Bundesgesetz über die Weiterbildung bleibt schlank

In einer langen Debatte hat der Nationalrat den Entwurf des neuen Bundesgesetzes über die Weiterbildung (WeBiG) ([13.038](#)) behandelt. Die Nationalrätinnen und Nationalräte hatten über eine Vielzahl von Anträgen der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) abzustimmen, im Grossen und Ganzen hielten sie jedoch am Entwurf des Bundesrats fest. Das WeBiG soll die Weiterbildung als schlankes Rahmengesetz ohne grössere staatliche Eingriffe regeln. Es hält explizit fest, dass die Verantwortung für die Weiterbildung beim Individuum liegt.

Entsprechend lehnte das Plenum verschiedene Minderheitsanträge ab, die weiterführende Unterstützungen wie etwa Weiterbildungsurlaube oder die Kompensation von weiterbildungsbedingten Lohnausfällen aus der AHV forderten. Die Rolle der öffentlichen und privaten Arbeitgeber fiel unerwartet aus dem Gesetz: Die Mehrheit des Nationalrats stimmte für die Streichung eines Absatzes, der vorsah, dass die Arbeitgeber die Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden begünstigen.

Unbestritten war in der grosse Kammer, dass die entsprechenden hochschulpolitischen Organe für die Umsetzung der gesetzlichen Prinzipien im Hochschulbereich verantwortlich sind. Weiter fügte der Nationalrat dem Entwurf hinzu, dass kostenlose Information und Transparenz über die verschiedenen Weiterbildungsangebote gewährleistet werden sollen. Eine Mehrheit der vorberatenden WBK-N wollte die im Gesetz festgehaltenen Grundkompetenzen - Lesen, Schreiben, Alltagsmathematik und die Anwendung von Informationstechnologien - ergänzen; ihr Antrag, soziale und erzieherische Kompetenzen im Gesetz aufzunehmen, wurde jedoch mit 92 zu 84 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Der Gesetzesentwurf wird anfangs 2014 von der WBK des Ständerats beraten. Die Kantonsvertreter werden sich voraussichtlich in der Frühjahrssession mit dem WeBiG befassen.

{Protokoll des Nationalrats vom [10. Dezember 2013](#)}

{Protokoll des Nationalrats vom [11. Dezember 2013](#)}

Das Sparpaket KAP 2014 ist gescheitert

Der Nationalrat hat das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP 2014) ([12.101](#)) endgültig abgelehnt. Die Volksvertreter haben sich mit 112 zu 70 Stimmen bei 3 Enthaltungen erneut klar gegen das Sparpaket ausgesprochen und den Entwurf an den Bundesrat zurückgewiesen. Zuvor hatte der Ständerat in der Herbstsession die Botschaft gutgeheissen.

Das KAP 2014 hätte Einsparungen von jährlich rund 700 Millionen Franken ermöglicht. Auch der ETH-Bereich und die Bundesbeiträge an die kantonalen Universitäten wären davon betroffen gewesen. Die vorgeschlagenen Kürzungen fanden im Nationalrat jedoch keine ausreichende Unterstützung. Den einen ging das KAP 2014 nicht weit genug, sie fordern weiterreichende Sparmassnahmen; andere Parlamentarier kritisierten, dass nur ausgabenseitig gekürzt werde, ohne zusätzliche Einnahmemöglichkeiten zu prüfen. So beauftragte die grosse Kammer den Bundesrat schliesslich, verschiedene Varianten zur Entlastung des Staatshaushalts vorzulegen.

{Protokoll des Nationalrats vom [2. Dezember 2013](#)}

Ausserdem haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier...

... in National- und Ständerat das Bundesbudget 2014 ([13.041](#)) verhandelt und eine lineare Kürzung von 150 Millionen Franken beim Sach- und Betriebsaufwand für das kommende Jahr beschlossen. Während sich der Ständerat für den Voranschlag des Bundesrats aussprach, stimmte eine Mehrheit des Nationalrats für die Sparmassnahme. Nach einer gescheiterten Einigungskonferenz verabschiedeten die Räte schliesslich gemäss einer alten Parlamentsregel das tiefere Budget. Bildung, Forschung und Innovation sind von den Kürzungen nicht betroffen.

... im Ständerat die Aufhebung des Numerus Clausus abgelehnt. Die entsprechende Motion von Ständerätin Brigitte Häberli-Koller ([11.3526](#)) hätte insbesondere den medizinischen Nachwuchs fördern sollen. Nachdem der Nationalrat im Frühjahr 2013 der Motion zugestimmt hatte, ist der Vorstoss mit der Ablehnung des Ständerats vom Tisch.

... im Ständerat das Bundesgesetz über die Vermittlung schweizerischer Bildung im Ausland ([13.052](#)) beraten. Das Gesetz regelt die Ausbildung an Schweizer Schulen im Ausland und kommt als nächstes in den Nationalrat.

[{Top}](#)

Vom Bundesrat beantwortet

Eigenständiges Doktorat an den Schweizer Fachhochschulen

Interpellation [13.3670](#) von Ständerätin Brigitte Häberli-Koller (CVP). Eingereicht am 10. September 2013. Der Bundesrat hat am 30. Oktober 2013 darauf geantwortet.

Wird die Ausbildung dem Militärdienst untergeordnet?

Interpellation [13.3674](#) von Nationalrat Mathias Reynard (SP). Eingereicht am 10. September 2013. Der Bundesrat hat am 6. November 2013 darauf geantwortet.

Positionierung der höheren Fachschulen

Anfrage [13.1061](#) von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP). Eingereicht am 18. September 2013. Der Bundesrat hat am 6. November 2013 darauf geantwortet.

Nationales Forschungsprogramm «Langzeitversorgung»

Motion [13.3745](#) von Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (CVP). Eingereicht am 19. September 2013. Der Bundesrat hat am 13. November 2013 die Ablehnung der Motion beantragt.

Forschungsskandal an der Universität Zürich. Strafverfolgungsermächtigung

Anfrage [13.1068](#) von Nationalrat Andreas Gross (SP). Eingereicht am 25. September 2013. Der Bundesrat hat am 13. November 2013 darauf geantwortet.

Forschungsskandal an der Universität Zürich. Zerstörung von Forschungsergebnissen und Verletzung von Rechtsgrundlagen

Anfrage [13.1069](#) von Nationalrat Andreas Gross (SP). Eingereicht am 25. September 2013. Der Bundesrat hat am 13. November 2013 darauf geantwortet.

Schulplanung angesichts der steigenden Geburtenrate

Interpellation [13.3814](#) von Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (CVP). Eingereicht am 26. September 2013. Der Bundesrat hat am 6. November 2013 darauf geantwortet.

Finanzierungsschlüssel für die universitäre Ausbildung zusätzlicher Ärztinnen und Ärzte

Postulat [13.3831](#) von Ständerätin Anita Fetz (SP). Eingereicht am 26. September 2013. Der Bundesrat hat am 13. November 2013 die Ablehnung des Postulats beantragt.

Lehrstuhl für Gebäudetechnik an der ETH

Postulat [13.3851](#) von Nationalrat Yannick Buttet (CVP). Eingereicht am 26. September 2013. Der Bundesrat hat am 13. November 2013 die Ablehnung des Postulats beantragt.

Forschungsskandal an der Universität Zürich. Warum toleriert der Nationalfonds in Einzelfällen wissenschaftliches Fehlverhalten und Plagiarismus?

Interpellation [13.3862](#) von Nationalrat Oskar Freysinger (SVP). Eingereicht am 26. September 2013. Der Bundesrat hat am 13. November 2013 darauf geantwortet.

Zugang zu anonymisierten AHV-Einzeldaten für wissenschaftliche Studien gewährleisten

Motion [13.3893](#) von Nationalrätin Marina Carobbio Guscetti (SP). Eingereicht am 26. September 2013. Der Bundesrat hat am 29. November 2013 die Ablehnung der Motion beantragt.

Ausbildungszulagen für alle Jugendlichen bis 18 Jahre

Motion [13.3922](#) von Nationalrat Martin Candinas (CVP). Eingereicht am 27. September 2013. Der Bundesrat hat am 29. November 2013 die Ablehnung der Motion beantragt.

Für eine präzise Definition des Begriffs «innovatives Jungunternehmen»

Interpellation [13.3951](#) von Nationalrat Fathi Derder (FDP). Eingereicht am 27. September 2013. Der Bundesrat hat am 29. November 2013 darauf geantwortet.

Forschungsprojekt zur Erforschung der Wirkung von nichtionisierenden Strahlungen auf elektrosensible Personen

Motion [13.3957](#) von Nationalrätin Margret Kiener-Nellen (SP). Eingereicht am 27. September 2013. Der Bundesrat hat am 20. November 2013 die Ablehnung der Motion beantragt.

Vision 2020. Verbesserung der Bedingungen für den akademischen Nachwuchs

Interpellation [13.3958](#) von Nationalrätin Margret Kiener-Nellen (SP). Eingereicht am 27. September 2013. Der Bundesrat hat am 13. November 2013 darauf geantwortet.

Darlehen. Für einen angemessenen rechtlichen Schutz der Studierenden

Motion [13.3964](#) von Nationalrat Luc Barthassat (CVP). Eingereicht am 27. September 2013. Der Bundesrat hat am 20. November 2013 die Ablehnung der Motion beantragt.

[{Top}](#)

Neu eingereichte Vorstösse

Zukunft des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung (SIR)

Interpellation [13.4061](#) von Ständerat Luc Recordon (Grüne). Eingereicht am 3. Dezember 2013.

Nationales Forschungsprogramm Alltagstauglicher Datenschutz in der Informationsgesellschaft

Motion [13.4086](#) der Grünen Fraktion. Eingereicht am 5. Dezember 2013.

Welche Mittel stehen für die Forschung in der Agrarökologie zur Verfügung?

Interpellation [13.4119](#) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP). Eingereicht am 10. Dezember 2013.

Dualer Bildungsweg in Gefahr: Wie reagieren?

Postulat [13.4123](#) von Nationalrat Yannick Buttet (CVP). Eingereicht am 10. Dezember 2013.

Fachkräftemangel und Weiterbildung. Ausarbeitung eines Modells zur Einführung von Bildungszeitkontis

Postulat [13.4133](#) von Nationalrat Daniel Jositsch (SP). Eingereicht am 11. Dezember 2013.

Finanzierung des Koordinationsorgans im Hochschulbereich

Interpellation [13.4148](#) von Nationalrat Jacques Neiryck (CVP). Eingereicht am 11. Dezember 2013.

Anpassung der Artikel 54 und 55 des Berufsbildungsgesetzes

Motion [13.4171](#) von Nationalrätin Josiane Aubert (SP). Eingereicht am 12. Dezember 2013.

Anerkennung der Äquivalenz ausländischer Diplome verbessern

Postulat [13.4194](#) von Nationalrat Jean-Paul Gschwind (CVP). Eingereicht am 12. Dezember 2013.

Zürcher Forschungsskandal. Verletzung geltenden Rechts und Unterlassen von Abklärungen strafrechtlicher Handlungen im Rahmen von SNF-Projekten durch den SNF

Interpellation [13.4222](#) von Nationalrat Oskar Freysinger (SVP). Eingereicht am 12. Dezember 2013.

Unterlassene Überwachungspflicht des Nationalfonds der mit Bundesmitteln erhobenen Forschungsdaten

Anfrage [13.1090](#) von Nationalrat Andreas Gross (SP). Eingereicht am 12. Dezember 2013.

Transparente Hochschulen sind zeitgemäss

Postulat [13.4256](#) von Nationalrätin Aline Trede (Grüne). Eingereicht am 13. Dezember 2013.

[{Top}](#)

